

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 5. März 2015, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Hiltbold Peter Aegerter, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Adrian Christen, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Markus van Wijk, Till Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Renate Schneider
Entschuldigt	Stadtrat Michael Dähler
Schluss der Sitzung	19:50 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

20. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. Februar 2015

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

21. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2014 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 10/2015

Simon Schweizer, **SAKO P+F**, weist auf die grundsätzlich unbestrittene Kenntnisnahme des Berichtes durch die SAKO P+F hin. Das Ergebnis aus der Überprüfung der Informatiksicherheit ist erfreulich. Auf Antrag der SAKO wurde der unter Videoüberwachung erwähnte Bericht der Kantonspolizei an die zuständigen SAKOs und an die Fraktionen verteilt. Die SAKO P+F wartet den Evaluationsbericht des Gemeinderates per Ende Juni 2015 ab.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, nimmt erfreut von der Überprüfung der Informatiksicherheit Kenntnis. Un erfreulich jedoch ist das Thema Videoüberwachung. Aus Sicht der Fraktion kann mit der Videoüberwachung nicht die gewünschte Wirkung erzielt werden. Es erscheint sinnlos, noch mehr finanzielle Mittel in dieses Projekt zu investieren. Die einzig richtige Lösung stellt die Abschaffung der Videoüberwachung dar. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat einen entsprechenden Entscheid im Juni 2015.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, unterstreicht die Wichtigkeit des Datenschutzes. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat den Datenschutz bei der Einführung der Videoüberwachung als oberste Prämisse definiert hat. Die Fraktion hofft, dass dieser Grundsatz weiterhin gilt.

Stadtpräsident Raphael Lanz hält fest, dass der Gemeinderat gestützt auf den Bericht des Datenschutzbeauftragten bis Ende Juni 2015 eine umfassende Evaluation der Videoüberwachung vornehmen wird. Die Auswertung erfolgt damit früher als vorgesehen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. Januar 2015, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2014 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

22. Postulat P 1/2015 betreffend finanzielle Unterstützung der Stadt Thun für Grossratspräsidiumsfeier (dringlich)

Lukas Lanzrein (SVP/FDP), Carlo Schlatter (SVP/FDP), Serge Lanz (SVP/FDP), Markus van Wijk (SVP/FDP), Barbara Klossner (SVP/FDP), Peter Aegerter (BDP) und Mitunterzeichnende; Beantwortung

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, bemängelt, dass die Beilage zum Vorstoss nicht abgegeben worden ist. Es handelte sich in der Beilage um die Abrechnung der Feierlichkeiten in der Gemeinde Epsach. Beim Postulat geht es nicht darum, einen gültigen Budgetposten zu ändern, die grundsätzliche finanzielle Beteiligung der Stadt an solchen Feierlichkeiten in Frage zu stellen oder eine Neid- und Missgunstdiskussion zu führen. Mit dem Vorstoss will eine Grundsatzdiskussion über die Höhe der Beteiligung der Stadt

erzielt werden. Aus Sicht der Postulanten ist eine städtische Beteiligung von 50'000 Franken zu hoch. Im Zeitpunkt der Budgetdebatte im November 2014 sind die Postulanten davon ausgegangen, dass sich der budgetierte Betrag innerhalb des normalen Rahmens für ähnliche Feiern im Kanton Bern bewegt. Wie sich nachträglich herausstellte, wendete die für die Organisation der Feier im Jahr 2014 zuständige Gemeinde Epsach einen deutlich tieferen Betrag auf. Die Postulanten sind der Ansicht, dass der Kanton, wenn er vorgeben kann, wer eingeladen werden soll, sich auch mit einem höheren Beitrag als 5'000 Franken beteiligen müsste. Stadtrat Lanzrein betont die Freiwilligkeit dieser Aufgabe. Der Fraktion ist Zurückhaltung bei freiwilligen Ausgaben sehr wichtig. Privatinitiative und Eigenverantwortung der Person, welche das Amt antritt, sollen im Vordergrund stehen. Die Mehrheit der Thuner Bevölkerung profitiert nicht von den Feierlichkeiten. Die Postulanten beantragen, die Ziffern 1 und 2 anzunehmen und nicht abzuschreiben, damit ein politisches Zeichen gesetzt und der Bevölkerung gezeigt werden kann, dass der Stadtrat die Thematik aufgenommen hat. Für die nächste Feier soll maximal der Betrag budgetiert werden, der dieses Jahr ausgegeben wird. Ziffer 3 kann aus Sicht der Postulanten angenommen und abgeschrieben werden.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Das Postulat vermittelt, dass die grossen Parteien eine solche Feier problemlos selber finanzieren können, die kleineren Parteien jedoch nicht. Es erscheint angemessen, dass für die Feierlichkeiten einige Hundert Gäste nach Thun kommen und diesen etwas geboten wird. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, stimmt den Argumenten der Fraktion der Mitte zu. Der Kostenrahmen von 50'000 Franken erscheint angemessen, um der Feier einen würdigen Rahmen zu geben. Eine Finanzierung durch Sponsoren, die zu neuen Abhängigkeiten führt, soll vermieden werden. Allenfalls wird sich der Kanton zukünftig mit einem grösseren Betrag beteiligen. Die Fraktion unterstützt die Antwort des Gemeinderates.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, betont, dass der Gemeinderat im Rahmen des bewilligten Budgets handeln soll. Die Fraktion befürchtet, dass das Postulat eine negative Wirkung gegen aussen haben könnte. Thun könnte als geizig wahrgenommen werden. Es ist wichtig, dass die Feierlichkeiten in einem würdigen Rahmen stattfinden und bei den Gästen in guter Erinnerung bleiben. Dass der Kanton sich zukünftig mit einem grösseren Betrag beteiligt, erscheint richtig. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Martin Allemann hält persönlich fest, dass er bei der Unterzeichnung des Postulats davon ausgegangen ist, dass es darum geht, nicht zwingend den vollen budgetierten Betrag von 50'000 Franken für die Feierlichkeiten einzusetzen. Mit der Antwort des Gemeinderates ist er zufrieden.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, betont, dass auch die grossen Parteien nicht unbeschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Die finanziellen Verhältnisse der Grossratspräsidentinnen und der Grossratspräsidenten sind nicht wesentlich, sondern der persönliche Einsatz sowie die Suche nach Sponsoren und Helfern. Er weist auf den städtischen Beitrag von 50'000 Franken hin, zu welchem zusätzlich der Kantonsbeitrag und hoffentlich auch Beiträge von Dritten kommen. Grosszügigkeit ist aus seiner Sicht eine Tugend, aber nicht wenn das Geld der Steuerzahlenden verteilt wird.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, hält fest, dass der Betrag in den Budgetunterlagen speziell erwähnt worden ist. Im Sinne von "Wer zahlt, befiehlt" sollte der Kanton angesichts seiner umfassenden Gästeliste einen grösseren Beitrag leisten. Die Fraktion unterstützt den Antrag der Postulanten, die Ziffern 1 und 2 nicht abzuschreiben und Ziffer 3 abzuschreiben.

Der Stadtpräsident freut sich, in diesem Jahr den Grossratspräsidenten und viele Gäste in Thun begrüßen zu dürfen. Noch erfreulicher ist es, diese Ehre in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zu haben. Die Feiern sollen aus Sicht des Gemeinderates in einem würdigen Rahmen stattfinden und bei den Gästen in bester Erinnerung bleiben.

Der Stadtratspräsident informiert, dass über die Ziffern 1 bis 3 des Postulats einzeln abgestimmt wird.

Ziffer 1: Nicht-Ausschöpfung des im Budget 2015 enthaltenen Kredits für die Durchführung der Grossratspräsidiumsfeier 2015

Der Rat erklärt Ziffer 1 mit 21 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich.

Der Rat schreibt Ziffer 1 mit 21 : 18 Stimmen ab.

Ziffer 2: Bescheidenere und kostengünstigere Grossratspräsidiumsfeiern für die Zukunft

Der Rat erklärt Ziffer 2 mit 22 : 17 Stimmen als erheblich.

Der Rat schreibt Ziffer 2 mit 21 : 18 Stimmen ab.

Ziffer 3: Anderer Kostenbeteiligungsschlüssel Gemeinde und Kanton Bern

Der Rat erklärt grossmehrheitlich als erheblich.

Der Rat schreibt Ziffer 3 des Postulats ab.

23. Postulat P 6/2014 betreffend einer Kultur- und Ausgehmeile auf der Kleinen Allmend

Franz Schori (SP), Alice Kropf (SP), Nora Läng (SP) und Mitunterzeichnende; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth betont, dass der Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Thun Nord für die Stadt, für die Region und für den Kanton weiterhin als wichtiger Arbeitsschwerpunkt gilt. Es handelt sich um ein Paket der Ortsplanungsrevision, ist jedoch ein weitgehend eigenständiges Projekt. Sie weist auf die planungsrechtlichen Vorgaben hin, welche die Anliegen der Postulanten nicht ausschliessen. In einem Gebiet, das als Arbeitsschwerpunkt gilt, können auch Kultur und Freizeit gepflegt werden. Die Stadt wird selber keine Kultur- oder Gastronomiebetriebe betreiben, jedoch für Ideen von Privaten offen sein. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben, weil allenfalls Synergien mit dem Postulat P 16/2012 betreffend Zonen für urbanes Wohnen, Kultur und Nachtleben genutzt werden können.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Er betont das vielfältige kulturelle Angebot in der Stadt. Es geht darum, diese Stärke noch weiter auszubauen. Die Kleine Allmend hat das Potenzial, sich zu etwas Ähnlichem zu entwickeln wie das frühere Selve-Areal. Die Konflikte zwischen Nachtleben und Wohnen könnten vermieden werden und die öV-Infrastruktur wäre besser ausgelastet. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision können selbstverständlich auch weitere Standorte überprüft werden. Er macht auf das Bedürfnis nach einer Kultur- und Ausgehmeile aufmerksam, was auch eine kürzlich eingereichte Petition mit 1'400 Unterschriften zeigt. Die Fraktion ist keineswegs der Ansicht, dass die Stadt kulturelle Betriebe führen oder zwingend Landeigentümerin sein muss. Über die Unterstützung des Postulats würde sich Stadtrat Schori sehr freuen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, erachtet die Argumente der Postulanten als ziemlich weit hergenommen. Die ehemalige Partymeile Selve ist nicht kopierbar und kann auf der Kleinen Allmend nicht nachgebaut werden. Das Bedürfnis nach einer Kultur- und Ausgehmeile ist unbestritten, weshalb das Anliegen überprüft werden sollte. Positiv am Postulat beurteilt die Fraktion die Trennung von Ausgeh- und Wohnzone. Ob die Kleine Allmend der ideale Ort ist, wird sich zeigen. Grundsätzlich handelt es sich um ein Arbeitsgebiet. Wichtig ist, dass die Ziele des ESP Thun Nord nicht behindert werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, wünscht sich ein breites kulturelles Angebot in Thun. Ob die Kleine Allmend der richtige Ort ist, bezweifelt die Fraktion. Es handelt sich um einen Arbeitsschwerpunkt, dessen fehlende Zugänglichkeit am Abend problematisch ist. Ausgang und Kultur müssen zentral stattfinden, damit die Leute nicht das Auto nehmen. Die Fraktion unterstützt das Postulat.

Christine Buchs, **SVP/FDP-Fraktion**, bekundet Mühe mit dem Postulat. Soweit der Fraktion bekannt ist, schliesst das militärisch genutzte Areal um 20 Uhr. Das Land gehört momentan noch der armasuisse und der RUAG. Ein Teil der Fraktion ist der Ansicht, dass das kulturelle Angebot in der Stadt ausgebaut werden sollte. Ob der vorgeschlagene Weg der Postulanten sinnvoll ist, bezweifelt die Fraktion jedoch. Dass junge Menschen dank der neuen Ausgehmöglichkeiten tatsächlich nach Thun ziehen und dann auch in

der Maschinenbranche in der Region arbeitstätig werden, ist fragwürdig. Der ESP Thun Nord wird mit der Anbindung an den Verkehr mit der Aarequerung Thun-Nord hervorragende Wirtschaftsstandorte bringen. Diese sollen primär für die Ansiedlung von neuen Betrieben freigehalten werden. Der Gemeinderat ist gefordert, mit der Ortsplanungsrevision Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Die Fraktion nimmt das Postulat mehrheitlich an.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, dankt für die generell positive Aufnahme des Postulats. Er weist auf die langfristige Entwicklung hin, auch bezüglich Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr. Es hat sich als schwierig erwiesen, neue Unternehmungen anzusiedeln. In Thun gibt es jedoch Betriebe, die wachsen und auf gute Fachkräfte angewiesen sind. Daher würde es sich lohnen, Fachkräfte aus anderen Städten anzuziehen.

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

24. Postulat P 9/2014 betreffend Optimierung der Verkehrserschliessung im Industrieareal Schoren mittels Verlängerung der Strasse Wirtschaftspark in das Areal Gafner-Post-Inducta

Fraktion Grüne, BDP und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener weist auf drei Aspekte hin, die für die Debatte von Bedeutung sein könnten. Erstens geht es nicht um eine Variantendiskussion, sondern um die Fragestellung, ob zusätzlich zur Variante A, die definitiv realisiert wird, eine Variante B umgesetzt werden soll. Zweitens handelt es sich bei der C.F.L.-Lohner-Strasse um eine der leistungsfähigsten und übersichtlichsten Strassen in Thun. Sie ist der Lebensnerv des Gebiets. Drittens ist die Stimmungslage im Industrie- und Gewerbeareal schlecht bis miserabel. Die Fragestellung ist nicht, ob es gelingt, neue Unternehmungen nach Thun zu holen, sondern ob die bestehenden, wachstumsorientierten Unternehmungen behalten werden können.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung. Steht man bei der Erschliessungsstrasse, kann man sich kaum vorstellen, wieso das angrenzende Gewerbeareal nicht auch miterschlossen wurde. Dass der Gemeinderat das Anliegen einer Interessensgemeinschaft mit 50 Mitgliedern als Partikularinteresse bezeichnet, ist bedenklich. Das Anliegen hat einen fundierten, seriösen Hintergrund. Die Arealanbindung würde ein Wohnquartier vor Mehrverkehr schützen und den Schulweg nicht noch zusätzlich mit heiklen Situationen belasten. Zudem könnten Coop und Meyer Burger mit einer gleisseitigen Warenanlieferung respektive einer Bahnnutzung von einer solchen Strasse profitieren. Bis heute überzeugen die Gründe gegen die ergänzende Erschliessungsstrasse nicht. Es scheint, als ob nur Argumente gegen das Anliegen gesucht würden. Mit dem Postulat sollen offene Fragen beantwortet werden. Kenntnisse über das prognostizierte Verkehrsaufkommen sind wesentlich, um entscheiden zu können, wie viel Aufwand für eine ergänzende Erschliessungsstrasse gerechtfertigt ist. Die Fraktion fragt sich, was der Gemeinderat konkret zum Thema Mobilitätsmanagement unternommen hat. Wieso die niveaugleiche Querung des Zwetschgenweges nicht umgesetzt werden kann, ist nicht nachvollziehbar. Folgt man dem Zwetschgenweg nach der Unterführung weiter, muss die Eisenbahnstrasse gequert werden, wo von den Kindern die nötige Verkehrskompetenz gefordert wird. Ob dem Kanton seitens Stadt konkrete Pläne vorgelegt worden sind, konnte der Fraktion nicht eindeutig beantwortet werden. Die Fraktion fordert eine sachliche Auseinandersetzung und eine seriöse Prüfung der Anliegen aller Beteiligten. Nur so kann eine Lösung gefunden werden, welche die Bedürfnisse aller Akteure angemessen berücksichtigt und vor allem eine rasche Realisierung des Bauprojektes ermöglicht.

Philipp Deriaz, **SVP/FDP-Fraktion**, weist auf die finanziellen Nachteile und auf die Verzögerungen in den Projekten hin, falls eine zusätzliche Variante realisiert werden sollte. Es würde Änderungen geben, die wieder neue Einsprachen zur Folge hätten. Es handelt sich um eine Wirtschaftszone, jedoch erweckt es den Anschein eines Flickenteppiches. Aus Sicht der Fraktion ist es wichtig, dass das Projekt schnell und in der vorgesehenen Art und Weise umgesetzt wird. Die Arbeit der IG Schoren wird anerkannt. Zu beachten ist jedoch, dass der Leist und ein Teil der Bevölkerung im Schoren nicht die gleiche Meinung vertritt wie die IG. Die Fraktion unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, ist der Ansicht, dass eine niveaugleiche Querung des Zwetschgenweges möglich sein sollte. Die Mehrkosten und die Vereinbarungen mit den Einsprechern beim Bauprojekt Meyer Burger und den Einsprechern bei der Erschliessung Wirtschaftspark müssen jedoch berücksichtigt werden. Das Projekt sollte nicht noch weiter verzögert werden. Die Fraktion unterstützt die Überweisung des Vorstosses und ist teilweise für eine Abschreibung.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist mit der Antwort des Gemeinderates nicht in allen Punkten einverstanden. Es geht nicht nur um ein Wirtschaftsquartier, sondern auch um ein Wohnquartier. Der Zusatzverkehr im Schorendörfli wird grösser werden. Daher macht es durchaus Sinn, dass die Stadt Massnahmen gegen den Mehrverkehr prüft. Das Argument, eine zusätzliche Signalisation mit "Zubringer gestattet" werde erfahrungsgemäss wenig bis gar nicht beachtet, zählt nicht. Die Situation ist unbefriedigend und muss verbessert werden. Eine mögliche Lösung wäre eine Strasse entlang der Eisenbahngleise. Um die Planungssicherheit zu gewährleisten, sollten die projektierten Bauten unverändert bleiben. Die Fraktion beantragt die Annahme und Nichtabschreibung des Postulats.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP**, bestätigt, dass die Stimmung bei den Unternehmungen miserabel ist. Die Unternehmungen in Thun zu behalten ist wesentlich. Es handelt sich im ganzen Gebiet um eine unbefriedigende Planung mit dem ideologischen Konzept einer durchmischten Wohn- und Gewerbezone. Der Fraktion ist es wichtig, dass die Ortsplanungsrevision den Fokus auf die Gewerbefreundlichkeit richtet.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, betont, dass es die ideale Lösung nicht gibt, da nicht auf der grünen Wiese gebaut werden kann. Es geht darum, ein ideales Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erzielen. Im Industriegebiet hätte keine Wohnzone entstehen dürfen. Die Fraktion ist mit der vorgeschlagenen Lösung des Gemeinderates einverstanden. Die Stadt kann es sich nicht leisten, Gewerbetreibende wegen langwierigen Prozessen zu vertreiben und Arbeitsplätze zu gefährden. Die Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats und ist mehrheitlich für eine Abschreibung.

Peter Aegerter (BDP) erachtet die Mischform aus Industrie, Gewerbe und Wohnen als eine schlechte Lösung. Die Versprechen und Vereinbarungen, welche der Gemeinderat mit den Einsprechenden eingegangen ist, sollten sich nicht häufen. Ihm erscheint es wichtig, dass der Stadtrat eine klare Haltung zeigt und der Verwaltung den Rücken stärkt, indem das Postulat angenommen und abgeschrieben wird.

Gemeinderat Konrad Hädener hält fest, dass sich der Gemeinderat aufgrund der Voten in seiner Vorgehensweise bestärkt fühlt und die vorgeschlagene Variante mit dem Kreisel und der Erschliessung Schorenstrasse richtig ist. Mit dieser Variante verbaut sich die Stadt nichts für die Zukunft. Das Geschäft wird dem Stadtrat demnächst unterbreitet. Er weist darauf hin, dass er auf die Verkehrsfrequenzen nicht eingeht.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, erachtet die Variante mit dem Kreisel als absolut unterstützungswürdig. Sie erinnert daran, dass die Bauvorhaben auch wegen nicht optimaler Planung seitens der Stadt verzögert wurden. Falls das Postulat abgeschrieben wird, befürchtet sie, dass die Situation nicht ganzheitlich betrachtet und das Fahrtenaufkommen nicht überprüft wird.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig und schreibt es mit 22 : 16 bei 1 Enthaltung ab.

Sitzungsunterbruch 18:45 Uhr bis 18:55 Uhr

25. Postulat P 13/2014 betreffend Standort Tagesschule Primarschule Gotthelf

Sandra Rupp (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel informiert, was seit der Beantwortung des Postulats vor einem Monat geschehen ist. Für die Investitions- und Unterhaltsplanung 2016ff. hat er am 23. Februar 2015 einen Projektantrag für die Primarschule Gotthelf betreffend Optimierung der Räumlichkeiten der Tagesschule eingegeben. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, beurteilt die Antwort des Gemeinderats als unverbindlich, auch die Aufnahme in den Investitionsplan ab 2016. Man kann sich fragen, ob der Vorstoss ein Jammern auf hohem Niveau ist. Die Primarschule Gotthelf ist eines der Schulhäuser, das über genügend Schulräume verfügt. Der optimale Standort für die Tagesschule wäre aus ihrer Sicht der Pavillon. 5 Jahre Provisorium für eine Tagesschule sind genug. Sie weiss nicht, ob sich neben den Umzugskosten noch weitere Kosten ergeben würden. Die Küche könnte allenfalls vorerst am alten Standort bleiben, damit nur die Tagesschule gezügelt werden müsste. Die Fraktion ist sich noch nicht sicher, ob das Postulat abgeschrieben werden soll oder nicht; sie möchte nähere Informationen zum Terminplan.

Barbara Klossner-Beer, **SVP/FDP-Fraktion**, ist der Ansicht, dass auf dem Gelände eine Verbesserung erzielt werden kann. Aus der Beantwortung des Gemeinderates geht hervor, dass er im Rahmen der Schulraumplanung und im Rahmen des Investitionsplanes Handlungen vornimmt. Es ist tatsächlich Jammern auf hohem Niveau, da die Räumlichkeiten den kantonalen Vorgaben entsprechen. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, bestätigt, dass die Schulräume der Tagesschule nicht ganz optimal sind. Man muss jedoch mit den Ressourcen leben, die momentan verfügbar sind. Die Situation mit der Verpflegung im Untergeschoss ist nicht so schlecht wie man es dem Postulat entnehmen könnte. Die Fraktion unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, hat vom Gemeinderat konkrete Vorschläge erwartet. Bei der Besichtigung ist er zur Überzeugung gelangt, dass auf das nächste Schuljahr, das heisst auf Sommer 2015, ein Umzug in den Pavillon möglich ist. Die Situation könnte mit dem Umzug deutlich verbessert werden. Der Mittagstisch im Untergeschoss ist sicher nicht ideal, jedoch könnte er mit kleineren Anpassungen vorübergehend dort weitergeführt werden. Die Fraktion stimmt der Annahme des Postulats zu und unterstützt die Abschreibung, falls ein verbindlicher Termin für den Wechsel mitgeteilt wird.

Susanna Ernst-Reusser (BDP) kennt die unbefriedigende Situation in der Tagesschule Gotthelf aus eigener Erfahrung als freiwillige Helferin. Sie betont, dass der Pavillon für die Tagesschule optimal wäre und es sich im Grunde nur um einen internen Umzug handelt. Aus ihrer Sicht steht einem Umzug im Sommer 2015 nichts entgegen. Sie wünscht sich einen konkreten Umzugstermin.

Gemeinderat Roman Gimmet macht auf die Schulraumplanung aufmerksam, welche eine Daueraufgabe des Amtes für Bildung und Sport ist. Er ist sich bewusst, dass die heutige Lösung nicht in jeder Hinsicht optimal ist, jedoch funktioniert sie seit 4 1/2 Jahren. Ausserdem hat er nie behauptet, dass ein Umzug in den Pavillon nicht möglich sei. Ein Umzug auf den Beginn des nächsten Schuljahres könnte eine Zwischen- oder sogar eine Endlösung darstellen. Kann der Umzug im Einvernehmen mit der Tagesschule und der Schulleitung sowie unter Einbezug der betroffenen Lehrkräfte geplant werden, spricht aus Sicht des Gemeinderats und der Verwaltung nichts gegen diesen Schritt. Bei einem allfällig späteren Umzug der Küche wäre das Amt für Bildung und Sport in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtliegenschaften involviert. Sollte der Umzug diesen Sommer nicht vorgenommen werden, könnten die genannten Investitionen ab 2016 umgesetzt werden. Da es sich um eine Daueraufgabe handelt, beantragt der Gemeinderat die Abschreibung des Postulats.

Sandra Rupp Gyger (SP) kann nicht nachvollziehen, wieso der jetzige Standort überhaupt ausgewählt wurde. Sie bevorzugt vorerst einen einfachen Umzug, damit die Möglichkeiten vor Ort ideal genutzt werden können. Sie stellt den Antrag um Annahme und Nichtabschreibung des Postulats.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig und schreibt es mit 24 : 15 Stimmen ab.

26. Postulat P 11/2014 betreffend Betreuungsgutscheine für familienexterne Kinderbetreuung

Fraktion FDP, Die Liberalen und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014; Beantwortung

Gemeinderat Peter Siegenthaler weist darauf hin, dass bei der Verfassung der Antwort von einer Änderung der ASIV-Verordnung ausgegangen wurde. Nachträglich hat sich herausgestellt, dass eine Gesetzesänderung nötig sein wird.

Markus van Wijk, **SVP/FDP-Fraktion**, ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Das Postulat strebt einen Systemwechsel an. Für städtische und private Kindertagesstätten (KITA) sollen die gleichen Bedingungen gelten. Ziel ist, dass mehr Betreuungsplätze angeboten werden und Eltern die KITA selber auswählen können. Die Gesetzesänderung wird wohl nach 1. Januar 2017 in Kraft treten. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort festhält, soll in Thun erst nach der Anpassung der gesetzlichen Grundlagen gehandelt werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen in den Städten Bern und Luzern soll das Postulat nicht abgeschrieben werden.

Nora Läng, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Da die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, empfiehlt die Fraktion mehrheitlich die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats. Für die nach der Gesetzesanpassung vorgesehene Neuüberprüfung der Betreuungsgutscheine erscheint der Fraktion wichtig, dass die Anzahl subventionierter Plätze erhöht werden sollte, damit die Wartelisten verringert werden können. Es wird befürchtet, dass sich ärmere Familien infolge höherer Betreuungskosten das externe Betreuungsangebot nicht mehr leisten könnten. Zudem müssten für alle KITAs die gleichen Qualitätsstandards gelten. Sozial dringliche Fälle sollten auch nach der Einführung von Betreuungsgutscheinen bei der Platzvergabe bevorzugt werden. Die Fraktion erhofft sich, dass die Stadt auch nach dem allfälligen Systemwechsel eine Warteliste führt und einen Überblick über die fehlenden KITA-Plätze hat.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, hält fest, dass mit dem Systemwechsel alle von einem breiteren Angebot profitieren könnten und der Wettbewerb gefördert würde. In Bern beispielsweise konnte für 500 Kinder eine neue Betreuungslösung gefunden werden. Aus Sicht der Fraktion müssten die teilweise unverhältnismässig hohen Anforderungen für Betreuungsplätze überprüft werden. Die Eltern sollen sich selber entscheiden, wo sie ihr Kind betreuen lassen möchten. Aus der Antwort des Gemeinderats geht dessen Grundhaltung nicht hervor. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso die Prüfung nicht bereits vor der Gesetzesanpassung erfolgt. Der Prüfungsauftrag ist aus Sicht der Fraktion nicht erfüllt, weshalb sie die Annahme und Nichtabschreibung beantragt.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, unterstützt das Postulat hinsichtlich der Schaffung von mehr Betreuungsplätzen. Jedoch begrüsst die Fraktion mehr Markt und Wettbewerb im KITA-Bereich nicht. Er weist darauf hin, dass in Bern die Steuerungsmöglichkeiten verloren gegangen sind, nicht viele neue Plätze entstanden sind und zudem 2,7 Stellen geschaffen wurden. Die Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag des Gemeinderates.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, stellt fest, dass die gesetzliche Grundlage für die Überprüfung noch gar nicht vorliegt. Aus Sicht der Fraktion ist Wettbewerb in Erziehung und Betreuung ein heikler Punkt. Die Bemühungen von Verwaltung und Gemeinderat sollten bei der nächsten Budgetdebatte unterstützt werden, wenn es darum geht, neue KITA-Plätze zu bewilligen. Stadtrat Vannini betont die Wichtigkeit eines ausreichenden Angebots an Betreuungsplätzen. Die Fraktion empfiehlt die Annahme und Abschreibung des Vorstosses.

Christine Buchs, **SVP/FDP-Fraktion**, stellt in Bezug auf das Votum der Fraktion Grüne fest, dass in Bern für den Pilotversuch Stellenschaffungen erfolgt sind. Diese Stellen braucht es nach der definitiven Einführung nicht mehr. Sie erachtet das System der Stadt Luzern als gutes Beispiel. Die Wartelisten konnten stark reduziert werden und das neue System ist flächendeckend akzeptiert.

Gemeinderat Peter Siegenthaler bestätigt, dass der Gemeinderat nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung die Umsetzung von Betreuungsgutscheinen prüfen wird. In seiner Antwort hält der Gemeinderat fest,

welche Grundbedingungen für die Einführung von Betreuungsgutscheinen erfüllt sein müssen. Beim jetzigen System sind ebenfalls Optimierungen möglich.

Der Rat nimmt das Postulat mit 33 Stimmen und schreibt es mit 19 : 20 Stimmen nicht ab.

27. Fragestunde

- F 1/2015 betreffend Schwarzarbeit, Alice Kropf (SP) vom 2. März 2015

Die Frage F 1/2015 wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert, dass die Sitzung vom 1. April 2015 aufgrund der umfangreichen Traktandenliste als Doppelsitzung organisiert wird.

Der Stadtratssekretär macht auf die im Extranet aufgeschalteten Bilder und Ranglisten vom Ski- und Jasstag aufmerksam.

Der Stadtpräsident weist auf den Flyer "Perspektiven schaffen" hin und betont, dass die Reise nach Gabrovo viel Interessantes zu bieten hat.

Eingänge

- Motion zur Anpassung des Geschäftsreglementes des Stadtrates; Fraktionen SP, Mitte, Grüne und Mitunterzeichnende vom 5. März 2015
- Postulat betreffend Tedsystem im Rathaus; Fraktion der Mitte, Simon Schweizer, Lukas Lanzrein, Serge Lanz (alle SVP/FDP), Peter Aegerter (BDP), Andrea de Meuron (Grüne), Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 5. März 2015
- Postulat betreffend mehr Verkehrssicherheit auf dem Strandbadweg; Fraktionen SP und Grüne, Heidi Anderes, Jonas Baumann (beide FdM), Susanne Ernst (BDP), Daniela Huber Notter (BDP) vom 5. März 2015
- Postulat betreffend Anpassung der Einbürgerungsverordnung (EVO); Philippe Deriaz (SVP) und Mitunterzeichnende vom 5. März 2015
- Interpellation betreffend Sozialhilfe für junge Erwachsene in Erstausbildung; Philippe Deriaz (SVP) und Mitunterzeichnende vom 5. März 2015

Verschiebungen

Auf die nächste Sitzung wird verschoben:

- Postulat P 12/2014 betreffend Pilotversuch zur kontrollierten legalen Abgabe von Cannabis; Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014; Beantwortung

Der Stadtratspräsident

Thomas Hiltbold

Der Stadtratssekretär

Remo Berlinger